

„Nicht mit Kanonen auf Spatzen“

Politik Unionsfraktions-Vize Thorsten Frei spricht im großen NECKARQUELLE-Interview über das Krisenmanagement in Corona-Zeiten, seine Ambitionen in Berlin, die nahende Landtagswahl und über den geeigneten Kanzlerkandidaten der Union für 2021.

Eine wirkliche Überraschung war es nicht, doch nutzte Thorsten Frei (CDU) das große NECKARQUELLE-Interview, um zu erklären, dass er im nächsten Jahr wieder für den Bundestag kandidieren will. Der 46-Jährige, seit 2013 im Berliner Parlament, hat Potenzial für und auch Lust auf mehr – seit zwei Jahren ist er einer der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Unionsfraktion, womit er maßgeblich an Einfluss gewonnen hat. Das zeigte sich jetzt wieder in der Corona-Krise, wo der Jurist Frei an vielen Gesetzesnovellen mitwirkte. Neben Recht und Innenpolitik gehören außerdem Verbraucherschutz, Sport und Ehrenamt, Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten zu seinem Ressortbereich in der Fraktionsführung.

Herr Frei, am großen C-Thema kommen wir in diesem Gespräch nicht vorbei. Für Sie war die Corona-Krise politisch eine absolute Sondersituation...
Thorsten Frei: Absolut. Wir haben seit Mitte März eine ganze Reihe von Gesetzen geändert und außerdem viele Förderprogramme auf den Weg gebracht. Wir mussten in vielen Rechtsbereichen der Pandemie und ihren Folgen gerecht werden: im Zivilrecht, im Mietrecht, im Insolvenzrecht, im Gesellschaftsrecht und in der Strafprozessordnung. In Berlin ist in dieser Krise deutlich mehr Arbeit angefallen. Auch für mich.

„Ich bin froh, dass sich die Lage Stück für Stück wieder normalisiert.“

Dafür gab es im Wahlkreis während des Lockdowns deutlich weniger für Sie zu tun.
Frei: Ja, der unmittelbare Kontakt im Wahlkreis hat mir gefehlt. Ich hatte nach einiger Zeit das Gefühl, nicht mehr das unmittelbare Gespür dafür zu haben, was für die Menschen wichtig ist. Das bekommt man nur im direkten Gespräch, das lässt sich durch nichts anderes ersetzen. Deshalb bin ich froh, dass sich die Lage Stück für Stück wieder normalisiert.

Sie sagten, viele Gesetze mussten im Zuge der Pandemie nachgebessert werden. Corona war eine Herausforderung historischen Ausmaßes. Wie beurteilen Sie das Krisenmanagement in Deutschland? Aktuell wird ja im Angesicht der wirtschaftlichen Folgen bereits diskutiert, ob die Strategie, alles öffentliche Leben herunterzufahren, die richtige war...
Frei: Unter dem Strich war das Krisenmanagement der Bundesregierung sehr gut. Gerade, wenn man es im internationalen Ver-

gleich betrachtet. Deutschland ist bislang weitaus besser durch die Pandemie gekommen als die allermeisten Länder. Das hat, glaube ich, schon damit zu tun, dass man ziemlich früh den Mut hatte, auf die Bremse zu stehen. So etwas hatten wir noch nie in der Geschichte unseres Landes. Natürlich wird man rückblickend fragen müssen: Hätte es an der einen oder anderen Stelle auch etwas weniger getan? Eine Fehlentscheidung kann eben gravierende Konsequenzen nach sich ziehen. Wir sehen das in Ländern wie Brasilien, den USA oder Großbritannien.

Hinterher ist man immer schlauer. Auch wir Journalisten haben retrospektiv leicht reden und urteilen. Dennoch: Es ist nicht bei einem Rettungspaket geblieben. Ständig wurde ein neuer Rettungsschirm aufgespannt, und noch einer, und noch einer... auch für Europa. Der finanzielle Schaden durch Corona ist deutlich höher ausgefallen, als Sie es anfangs abgesehen haben. Hat sich die Koalition in Berlin da verrechnet?
Frei: Deutschland hat tatsächlich für die Bekämpfung der Pandemie mehr Geld aufgewendet als jedes andere Land der Erde. Wir konnten damit vielen unserer Betriebe helfen. Und auch Institutionen anderer Bereiche wie etwa der Kultur. Bei allem ging es immer darum, bewährte Strukturen, die über Jahrzehnte gewachsen sind, nicht kaputt gehen zu lassen. Anfang Juni haben wir ein weiteres Rettungspaket in Höhe von 130 Milliarden Euro geschnürt. Die damit verbundenen Vorhaben sind auch in die Zukunft gerichtet, weil es da um Investitionen auch in neue Technologien geht. Wie etwa in Wasserstofftechnologie...

Stopp! Jetzt wollen Sie aus der Not eine Tugend machen und reden schon wieder von Investitionen. Es ist ja schon in Ordnung, wenn man nun das beste draus machen will, aber die Krise hat uns doch so viel Geld gekostet, dass wir für neue Investitionen gar keines mehr übrig haben dürften.
Frei: In der letzten Woche haben wir einen Nachtragshaushalt verabschiedet. Darin enthalten ist eine Gesamtschuldenaufnahme von 217,8 Milliarden Euro.

Nicht gerade Kleingeld...
Frei: Das ist natürlich eine gigantische Summe. Das lässt sich nicht bestreiten. Aber man darf eines nicht vergessen: In den letzten zehn Jahren haben wir die Verschuldungsquote in Deutschland von 81 auf 58 Prozent gesenkt. Weil wir die Gesamtwirtschaftsleistung in diesem Jahr noch nicht kennen, können wir es nicht sicher sagen – aber wir werden durch diese Kreditaufnahme auf eine Verschuldungsquote von wahrscheinlich 75 Prozent steigen. Das ist nicht schön! Das macht in wenigen Wochen die Sparleistung von

Jahren kaputt. Allerdings hat Deutschland die letzten zehn Jahre, die wirtschaftlich gut waren, genutzt. Deshalb waren wir nun auch in der Lage, in dieser Krise für Wirtschaft, für Kultur und auch für den nichtprofessionellen Sport deutlich mehr zu tun als andere Länder.

Es gibt aktuell auch noch andere Bereiche, die viele Hilfgelder vom Bund einfordern.
Frei: Wir haben auch ein Paket für die Kommunen aufgelegt. Der Bund und auch das Land Baden-Württemberg werden dieses und auch das nächste Jahr auf ihre Gewerbesteueranteile verzichten. Beim Bund sind das knapp sechs Milliarden Euro. Zusätzlich wird der Bund die Kommunen im Bereich der Sozialhilfeleistungen entlasten. Das kommt Städten wie Villingen-Schwenningen entgegen, aber auch dem gesamten Schwarzwald-Baar-Kreis, da die Kreisumlage entlastet wird. Das machen wir, weil wir wissen, dass zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen durch Kommunen vorgenommen werden. Deshalb möchten wir ihre Investitionskraft nicht schmälern. Sie sollen weiter investieren können...

„In der Politik sollte man nie die Hoffnung aufgeben.“

Dann haben wir für einen zweiten Lockdown nach der Urlaubszeit ja noch locker Luft?
Frei: Nein! Das möge Gott verhüten! Deshalb erhalten wir ja Schutzmaßnahmen aufrecht. Wir haben da ja Modellrechnungen. Ein neuerlicher Lockdown würde die Wirtschaftsschrumpfung weiter beschleunigen.

Er würde unsere Wirtschaft noch vollends kaputt machen.
Frei: So weit würde ich nicht gehen. In der Politik sollte man nie die Hoffnung aufgeben...

Was sagt denn Angela Merkel – gibt's noch einen Lockdown, wenn eine zweite Pandemiewelle heranrollt? Das muss in der Spitze der Unionsfraktion doch bekannt sein.
Frei: Niemand weiß das. Wir haben keine Kristallkugeln...

Sie müssen doch Szenarien in der Schublade haben.
Frei: Natürlich haben wir Szenarien. Aber wir wollen den Worst Case verhindern.

Und was machen Sie, wenn wir diesen ungünstigsten Fall nicht abwenden können? Keinen neuerlichen Lockdown, weil ihn die Volkswirtschaft nicht verkraften würde?
Frei: Der Schutz des Menschenlebens steht ganz oben. Daran müssen sich auch die anderen Dinge ausrichten. Grundsätzlich muss man bei jeder politischen Entscheidung den Grundsatz der

Verhältnismäßigkeit wahren. Auch unsere Lebenserfahrung sagt uns, dass man natürlich nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen darf. Wir müssen angemessen reagieren, in einem vernünftigen Verhältnis zu den Kosten und den Risiken.

Das zentrale Argument für den Lockdown war der Mangel an Beatmungsplätzen in unseren Krankenhäusern. Die Vorstellung, Ärzte könnten gezwungen sein zu triagieren, hat uns entsetzt. Ganz ehrlich: Hätte man nicht beim Corona-Krisenmanagement viel Geld sparen können, wenn wir zuvor mehr ins Gesundheitssystem investiert hätten?

Frei: Wir haben hier ein sehr gutes Gesundheitswesen. Wir brauchen keinen internationalen Vergleich zu scheuen, können aber auch einige Lehren aus der Situation ziehen. Zu Beginn der Pandemie hatten wir Mangel an Schutzmasken und Schutzkleidung. Pro Tag wurde davon plötzlich eine Menge gebraucht, die man sonst in einem Jahr benötigt hat. Weltweit. In solchen Bereichen müssen wir mehr vorhalten. Und bestimmte Medizinprodukte auch in Deutschland produzieren statt in Fernost. Eine weitere Lehre ist, dass wir sowohl unser privates als auch unser öffentliches Leben nicht nur daran ausrichten dürfen, wie es ist, wenn alles glatt läuft.

Wir müssen uns also besser vorbereiten auf solchen Situationen?
Frei: Ja. Auch ich als Innenpolitiker hätte die Wahrscheinlichkeit eines Cyberangriffs um ein Vielfaches höher eingeschätzt als die einer solchen Pandemie.

Nun sind, wie Sie sagen, Gesundheit und Leben das Wichtigste. Dann ist Geld wahrscheinlich das Zweitwichtigste...
Frei: (lacht) Man merkt, dass man hier im Württembergischen ist. Lieber reich und gesund als arm und krank...
Frei: (lacht) Da haben Sie recht.

Im Ernst: Die Verunsicherung in der Wirtschaft, auch an den Aktienmärkten ist groß, weil sich die Situation noch mal zuspitzen könnte. Nicht wenige Anleger sehen ihr Vermögen gefährdet in diesen Zeiten. Wie würden Sie augenblicklich Geld anlegen?
Frei: Oh, da weiß ich nicht, ob ich der richtige Ansprechpartner bin. Mein Geld steckt in einem Eigenheim. Aber der Dax ist schon wieder nahe dran am Vorkrisenniveau. Das finde ich schon interessant. Aber wenn man sich die Prognosen anschaut, liegen wir sehr gut. Auch wirtschaftlich sind wir bisher sehr glimpflich durch diese Krise gekommen.

Sieht man mal von einzelnen Branchen ab...?
Frei: Ich will das gar nicht kleinreden. Aber momentan sieht es danach aus, dass in vielen Wirtschaftszweigen die Beschäftigten mit Kurzarbeit wegkommen und nicht in die Arbeitslosigkeit marschieren müssen. Wenn es dabei bliebe, wäre es gelungen, die ökonomischen Folgen der Pandemie auf ein erträgliches Maß abzumildern.

Das Problem ist nur, dass der Binnenmarkt die deutsche Wirtschaft nicht trägt. Wenn die anderen nachhaltig schlecht da stehen, spürt das der Exportweltmeister Deutschland sofort.
Frei: Ja, klar. Wir müssen uns um unser eigenes Land kümmern, uns aber auch für alles drum herum interessieren. Wir müssen uns auch darum kümmern, Wirtschaftsstrukturen in anderen europäischen Ländern zu erhalten. Die anderen müssen auch möglichst zügig aus der Krise kommen. Es gibt kein anderes Land, das daran ein so hohes Interesse



NECKARQUELLE-Redaktionsleiter Dr. Ralf Trautwein (links) gewährte Thorsten Frei Einblicke in einen 50 Jahre alten Archivband dieser Zeitung, in dem Frei vor allem damalige Berichte über die CDU interessierte. „Damals war ich noch gar nicht geboren“, lachte der Bundespolitiker. Anschließend ging es zum Redaktionsgespräch (unten).

Fotos: Daniela Schneider



haben muss wie unseres – wenn man allein mal schaut, wie viel Prozent ihres Umsatzes Firmen aus unserer Region aus den Schlüsselbranchen Automotive und Maschinenbau im Ausland machen.

In den letzten Monaten hat die Politik unseren Unternehmen zwangsläufig viele Erleichterungen eingeräumt, unter anderem Steuern und Sozialbeiträge gestundet. Das bedeutet, dass die Stunde der Wahrheit dann schlagen wird, wenn diese Stundungen nach einem exportschwachen Sommer auslaufen werden.
Frei: Wir sind in der Lage, auf sich verändernde Rahmenbedingungen zu reagieren. Ich kann hier nicht sagen, dass wir die Probleme der nächsten zwei Jahre gelöst haben. Wir sind aber bisher ganz gut durch die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie gekommen. Der Bund bürgt zu 80 Prozent für Unternehmenskredite.

Wobei die restlichen 20 Prozent der Risikohaftung, die bei der Hausbank liegen, oft das Problem sind...
Frei: Würde der Bund zu 100 Prozent in die Haftung gehen, würden die Banken nicht mehr prüfen, ob da Kreditwürdigkeit vorhanden ist. Diese Kredite sind jedoch nur für Unternehmen gedacht, die Anfang des Jahres gesund waren. Nicht für diejenigen, denen nach zehn Jahren Wirtschaftswachstum das Wasser schon bis zum Hals stand.

Dabei gibt es Branchen, die enorm

unter Druck stehen. Die Reisebranche beispielsweise. Sie zu retten wird für die Politik eine ähnlich schwere Mission werden wie für die CDU, nächstes Jahr die Landtagswahlen in Baden-Württemberg zu gewinnen.
Frei: (lacht) Das habe ich jetzt nicht verstanden...

Wir glauben schon. Aber dann eben noch mal weniger elegant formuliert, dafür im Klartext: Die Landtagswahl wird für Ihre Partei, obwohl die CDU in der Corona-Krise mächtig Punkte gesammelt hat, kein Selbstläufer.
Frei: Das wohl nicht...

„So eine Frage dürfen Sie mir nicht stellen.“

Jetzt haben die Grünen erwartungsgemäß Martina Braun nominiert, die 2016 Ihrem Karl Rombach das Direktmandat abgenommen hat. Sie nominieren bald einen neuen Kandidaten, da Rombach nicht mehr antritt. Wer ist für Sie als CDU-Kreisvorsitzender, der Sie ja auch sind, der ideale Kandidat oder die ideale Kandidatin? Anders gefragt: Wer hat Chancen gegen Braun?
Frei: So eine Frage dürfen Sie mir nicht stellen.

Doch, doch. Fragen dürfen wir. Kommt drauf an, ob Sie uns eine gescheite Antwort geben oder lieber ausweichen...
Frei: Okay. Sie haben recht: Die nächste Landtagswahl wird mit Sicherheit kein Selbstläufer. →



Einen zweiten Lockdown allerdings „möge Gott verhüten“. Das Krisenmanagement der Bundesregierung beurteilt Thorsten Frei als gut – allerdings, meint er, müssen wir aus der Corona-Pandemie unsere Lehren ziehen.

➔ **Mit Susanne Eisenmann haben Sie in Relation zu Winfried Kretschmann von den Grünen wohl auch keine allzu starke Kandidatin.**

Frei: Doch, natürlich haben wir mit Susanne Eisenmann eine sehr starke Kandidatin! Es ist allerdings nicht leicht, gegen den amtierenden Ministerpräsidenten anzutreten. Das ist doch vollkommen klar. Da haben wir ja schon bei der Landtagswahl 2016 unsere Erfahrungen sammeln können. Es ist unbestritten eine große Herausforderung. Aber der stellen wir uns selbstbewusst und zuversichtlich.

Ist es Ihr Ziel, hier im Wahlkreis das Direktmandat zurückzuholen?

Frei: Ein CDU-Kreisvorsitzender, der hier bei der NECKARQUELLE sitzt und sagen würde: „Das Direktmandat ist nicht unser Ziel!“, der wäre fehl am Platze...“

Er wäre wie ein Trainer von Bayern München, der nicht sagt: „Wir wollen Meister werden.“

Frei: Ja. Oder – noch schlimmer – der sagt: „Wär schön wenn's mit einem Uefa-Cup-Platz klappt.“ Wir dürfen unsere Ziele nicht zu tief stecken. 2016 hatten wir aber Pech. Auch was die Rahmenbedingungen anbelangt. Das Direktmandat hier im Wahlkreis zu holen ist unser unbedingtes Ziel!

Aber nicht nur der Ministerpräsident der Grünen sitzt fest im Sattel. Sondern auch die hiesige Grünen-Abgeordnete hat sich als Inhaberin des Direktmandats profilieren können. Da braucht es schon ein großes Kaliber, um sich zurückzuholen, was die CDU für sich beansprucht. Wer von Ihren fünf Bewerbern um die Nominierung kann das schaffen?

Frei: Wir haben fünf sehr gute Kandidaten. Die haben alle ein sehr unterschiedliches Profil. Sie verkörpern deshalb auch ein sehr unterschiedliches Angebot an die Partei. Man darf sehr gespannt sein, welches Ergebnis bei unserer Nominierung am 16. Juli herauskommt. Unsere Bewerber bringen allesamt auf ihre Art Stärken mit.

„Martina Braun macht hier eine sehr respektable Arbeit.“

Die CDU-Führung will jetzt ja auch eine Frauenquote einführen. Folglich müssten Sie gegen Martina Braun auch eine Frau aufbieten?

Frei: Nun, einem Parteitag will ich nicht vorgreifen. Martina Braun macht hier eine sehr respektable Arbeit. Das muss man neidlos anerkennen. Und mit Karl Rombach hört ein sehr arrivierter, erfolgreicher Landtagsabgeordneter auf. Einer, der sehr nah bei den Menschen ist. Es wird nicht leicht werden, seine Fußstapfen auszufüllen. Ich mache mir keine Illusionen: Das wird ein harter Weg. Momentan sind die Umfragewerte allerdings nicht nur deutschlandweit, sondern auch in Baden-Württemberg, sehr gut.

Können Sie diese Werte bis ins nächste Jahr hinein konservieren?

Frei: Ich mache mir auch hier nicht die Illusion, dass sich das nahtlos auf das nächste Jahr übertragen lässt. Aber die Ausgangsposition ist gut. Um es sportbezogen auszudrücken: Es ist allemal leichter, einen Vorsprung zu halten, als einem Rückstand hinterher zu laufen. Wenn wir erst einmal eine Kandidatin oder einen Kandidaten haben, können wir mit einer ganz anderen Power in den Vorwahlkampf gehen, als dies derzeit der Fall ist. Wir hätten ja gerne schon im März nominiert. Dann wäre das alles schon entschieden jetzt. Nun nutzen wir den Herbst aber umso intensiver.

Spielen Sie persönlich wie schon 2016 auch wieder eine Rolle im Landtagswahlkampf? Vor fünf Jahren waren Sie hier ja federführend. Oder sind nun andere Wahlkampfstrategen dran?

Frei: Als stellvertretender Landesvorsitzender bin ich Mitglied des Präsidiums – insofern bin ich

natürlich in die Vorbereitungen involviert. Das letzte Mal war ich Wahlkampfleiter. Das bin ich dieses Mal nicht. Nächstes Jahr läuft es so, wie es auch üblich ist: Der Generalsekretär übernimmt die Wahlkampfleitung. Um ganz ehrlich zu sein: Das ist auch keine Aufgabe, der ich hinterher traure.

Weil der Erfolg letztes Mal ausblieb, nicht wahr?

Frei: Nein. So würde ich das jetzt nicht sagen. 2016 ist ja, wie schon angemerkt, wirklich viel zusammen gekommen. Ich kann mich, wenn ich auf Wahlkämpfe in den letzten 25 Jahren zurückblicke, nicht daran erinnern, dass jemals so viel so ungünstig für uns gelaufen ist. Wenn Sie in so einer Spirale sind, die nach unten geht, dann verstärkt sich diese fortlaufend. Wenn man das mal gemacht hat, muss man es beim nächsten Mal nicht wieder machen.

Man kann auch mal jemand anderen ranlassen...

Frei: Genau.

Dann können Sie sich ja weiter auf Ihre Arbeit in Berlin konzentrieren. Dort sehen Sie auch Ihre Zukunft?

Frei: Ja! Ich habe dem Kreisvorstand und dem Stadtverbandsvorsitzenden mitgeteilt, dass ich mich erneut für das Bundestagsmandat bewerben möchte. Aller Voraussicht nach wird die Nominierung im September sein. Bis dorthin wissen wir dann auch, ob es noch zu Veränderungen im Wahlrecht kommt, die wahlkreisrelevant sein könnten. Ich habe tolle Aufgaben in Berlin.

Als Jurist ist ihnen die Mitwirkung an Gesetzesentwürfen wichtig.

Frei: Ja, gerade im Rechtsbereich haben wir während der Pandemie enorm viel getan. Auch das 200-Millionen-Hilfsprogramm für den Sport, an dem ich beteiligt war, war eine tolle Sache. Und auch die Themen der Innenpolitik gehen uns nicht aus. Wir haben jetzt ja die EU-Ratspräsidentenschaft übernommen. Am Montag hat der große Innenministerrat getagt, den Horst Seehofer geleitet hat...

Seehofer ist ein Auslaufmodell. Bald brauchen wir einen neuen Innenminister...

Frei: (lacht) Ihnen darf man wirklich keine doppeldeutigen Stichworte geben. Eigentlich müsste ich es ja wissen... im Ernst: Es hat auch Glück dazu gehört, dass ich Ende 2018 stellvertretender Fraktionsvorsitzender werden konnte, als mein Vorgänger Stephan Harbarth ans Bundesverfassungsgericht wechselte. Diese neue Aufgabe hat sich für mich allerdings wirklich als Volltreffer erwiesen.

Glück gehört im Leben ja dazu. Natürlich auch in der Politik. Glück entscheidet Wahlen. Denken Sie nur mal an Gerd Schröder, der sich 2002 beim Elbe-Hochwasser als Krisenkanzler beweisen konnte. In ähnlicher Weise könnte nun Corona der Union in die Karten spielen. Sie profitieren von einem Effekt, den die Experten „Stunde der Exekutive“ nennen: Führe das Volk durch die Krise und lass dich anschließend von ihm wählen. Bei der letzten Sonntagsfrage lag die Union bei satten 40 Prozent. Auch hier die Frage: Lässt sich dieser Vorsprung bis Herbst 2021 halten?

Frei: Ich weiß es nicht. Wir sollten auch keine Politik machen, die darauf setzt, den Status Quo zu erhalten.

Warum? Es ist doch reell, mit solchen Effekten zu kalkulieren. Das tun doch alle! Sie ganz bestimmt auch...

Frei: Sie haben vollkommen recht. In Krisen schlägt immer die Stunde der Exekutive. Eine Krise muss man dann aber auch nutzen. Dass wir derzeit so gute Umfragewerte haben, zeigt einfach, dass die Menschen im Großen und Ganzen sehr zufrieden sind mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung. Dass sie zur Kenntnis nehmen, dass wir in Deutschland einen Bruchteil der Corona-Toten anderer Länder haben. Und dass auch der Wirtschaftseinbruch bei uns deutlich



Die NECKARQUELLE-Redakteure Berthold Merkle (links) und Dr. Ralf Trautwein haken bei Thorsten Frei wie gewohnt gründlich nach.

Um was geht es bei der Wahlrechtsreform?

Es wird befürchtet, dass das Parlament bei der nächsten Bundestagswahl im Herbst 2021 auf mehr als 800 Sitze anwachsen könnte. Der Bund der Steuerzahler mahnt auch aus Kostengründen eine Reform an. Mit Ausgaben von mehr als einer Milliarde Euro ist der Bundestag in diesem Jahr so teuer wie nie zuvor. Den bislang einzigen konkreten Vorschlag in Form eines gemeinsamen Gesetzentwurfs hatten die Oppositionsparteien Grüne, FDP und Linke 2019 vorgelegt – die Fraktionen der Großen Koalition blockten diesen in der letzten Bundestagsitzung vor der Sommerpause jedoch ab. Er sieht im Kern vor, dass es nur noch 250

statt 299 Wahlkreise geben soll, was auch die Zahl der Direktmandate senken würde. Kritiker sagen allerdings, dass sich so das Aktionsfeld für Abgeordnete sehr stark vergrößere. Diese könnten dann kaum überall im Wahlkreis noch präsent sein. Gleichzeitig möchten die drei Fraktionen die reguläre Sitzzahl von derzeit 598 auf 630 erhöhen. Und sie wollen das sogenannte Sitzkontingentverfahren abschaffen, das die regulär 598 Sitze nach Bevölkerungsanteil auf die Bundesländer aufteilt. Auch dies führe zu Ausgleichsmandaten und so zur Vergrößerung des Bundestags, kritisieren die drei Fraktionen. Geht es nach

Da gibt es verschiedene Auffassungen.

Frei: Ja, es gibt Rechtsgutachten. Überall dort, wo es eine Veränderung gab und schon nominiert wurde, müsste eben noch einmal neu nominiert werden.

Könnte sich im Zuge einer solchen Reform auch der Zuschnitt unseres Wahlkreises ändern?

Frei: Villingen-Schwenningen als Stadt mit 85000 Einwohnern wird auf jeden Fall in einem Wahlkreis liegen. Aber klar, es könnten sich Veränderungen ergeben.

Wenn es mit der Wahlrechtsreform nichts mehr werden sollte, dann hat der nächste Bundestag wohl 800 Abgeordnete?

Frei: Das kann man nicht sicher sagen. Aufgrund des letzten Verfassungsgerichtsurteils zum Wahlrecht hat man sich dafür entschieden, in der Umsetzung volle Proportionalität herzustellen. Nun wird entscheidend sein, wie viele Fraktionen ein Parlament hat.

Also falls Fraktionen rausfliegen, ist alles kein Problem?

Frei: Dann wird der Bundestag allein dadurch viel kleiner werden. Das ist Fakt. Ein weiterer Punkt ist maßgeblich: Der Bundestag wird umso größer, desto mehr Direktmandate die Union knapp gewinnt. Dann muss nämlich alles ausgeglichen werden. Dann gibt es einen Riesen-Bundestag. Wenn die Union jetzt den aktuellen Umfragen entsprechend 40 Prozent kriegt und so viel Wahlkreise gewinnt wie bisher, und wenn gleichzeitig vielleicht noch eine Fraktion aus dem Bundestag fallen würde – welche auch immer – dann würde das Parlament ohne jede Wahlrechtsänderung deutlich kleiner werden.

Das sind alles Modellrechnungen...

Frei: ...die bei unserem komplizierten Wahlrecht immer viele Unbekannte aufweisen. Man weiß es schlichtweg nicht. Ich persönlich meine, es ist dem Wähler aber auch nicht zumutbar, dass er zum Zeitpunkt der Wahl nicht weiß, welche Größe das neue Parlament haben wird. Ausgleichsmandate sind für diejenigen gut, die wenige Direktmandate holen. Die Komplexität entsteht dadurch, dass wir eine Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht haben. Dass es für ein reines Mehrheitswahlrecht gäbe, glaube ich nicht. Zumal das Bundesverfassungsgericht sagt, dass am Ende die Verhältniswahl höher zu bewerten ist.

Was bedeutet, dass alle Ungleichgewichte, die sich durch die Mehrheitswahl ergeben, ausgeglichen werden müssen. Nun müssen wir nur noch eine Frage klären...

Frei: Da bin ich aber mal gespannt.

Wirklich? Es wird Sie nicht überraschen: Wir wollen von Ihnen wissen, welcher neue Vorsitzende die CDU in den Wahlkampf führen soll, und mit

welchem Kanzlerkandidaten die Union Angela Merkels Erbe sichern kann.

Frei: (lacht) Auch da haben wir sehr gute Kandidaten. Aber klar: Wir haben die Vorsitzendenwahl noch vor der Brust.

Einen Akt mit großer Bedeutung mit Blick auf die Bundestagswahl. Der CDU-Vorsitz ist in der Regel mit der Kanzlerkandidatur verknüpft, wenn es denn kein CSU-Mann sein soll.

Frei: Wir wählen einen Bundesvorsitzenden und einen Spitzenkandidaten – da werden die Karten noch mal neu gemischt.

Sie sind ja als „Merzianer“ bekannt. Nun ist Friedrich Merz allerdings in der Corona-Krise tief abgetaucht. Statt seiner haben sich andere profiliert. Laschet nicht unbedingt. Aber Söder. Kanzlerkandidaten aus Bayern waren bislang aber nie erfolgreich – ist ein Bayer aus Ihrer Sicht dem deutschen Wähler vermittelbar?

Frei: Stoiber hat die Kanzlerschaft nur haarscharf verfehlt. Ich glaube schon, dass auch ein Bayer vermittelbar ist. Wir Baden-Württemberger hätten natürlich am liebsten einen Baden-Württemberger. Aber – wenn ich jetzt mal von mir selber ausgehe: Warum sollten wir nicht eher einen Bayern als eine Vorpommerin aufstellen? Landsmannschaftlich sind uns die Bayern näher.

„Warum sollten wir nicht eher einen Bayern als eine Vorpommerin aufstellen?“

Mag schon sein. Aber im Ruhrgebiet sieht man solche Dinge schon wieder ganz anders als bei uns im Lände.

Frei: Das stimmt wohl. Ich glaube aber, dass es hier kein Problem wäre. Die Menschen vertrauen auf Kompetenz, auf Sympathie und auf Führungsstärke.

Reden Sie jetzt von Herrn Söder?

Frei: Wenn Sie meinen, er erfülle diese Ansprüche idealtypisch – warum nicht?

Sie finden jetzt den Söder gut?

Frei: Auf jeden Fall wäre er ein guter Kandidat. Daran habe ich überhaupt keinen Zweifel. Das beziehe ich jetzt nicht nur auf die Bekämpfung der Pandemie. Bayern ist ein hervorragend geführtes Bundesland. Es steht bei nahezu allen Kennziffern an der Spitze in Deutschland.

Gut. Baden-Württemberg steht aber auch gut da und ist in der Regierung nicht vertreten. Dafür sitzen drei Saarländer drin.

Frei: Stimmt.

Und was sagen Sie zu einer Frauenquote in der CDU?

Frei: Da schlagen zwei Herzen in meiner Brust. Grundsätzlich bin ich kein Freund von Quoten. Unser Grundproblem ist letztlich, dass nur ein Viertel unserer Mitglieder weiblich ist.

niedriger war als in anderen Ländern. Es ist schon dünnes Eis, auf dem wir uns auf 2021 zubewegen: Wenn wir im Krisenmanagement nicht so gut bleiben wie bisher, dann kann sich das ins Gegenteil verkehren. Doch auch im Bund gilt: Wir haben eine gute Ausgangsposition. Wir sind die Regierung! Ob wir diese komfortable Situation nutzen oder nicht, das hängt ganz maßgeblich von uns selbst ab. Ich habe auch schon erlebt, wie man sich selbst das Bein stellen kann.

Die Union könnte womöglich auch über eine Wahlrechtsreform (siehe Infokasten oben) stolpern, die darauf abzielt, den Bundestag nicht zu sehr aufzublähen.

Frei: Rechnerische Bremsen einzubauen ist effektiver als Veränderungen, die Auswirkungen auf bestehende Wahlkreise haben. Bei allen Parteien haben seit Ende Juni schon Nominierungen stattgefunden. Wenn man jetzt noch das Wahlrecht ändert, schafft man x Gelegenheiten zu klagen.



Bisher favorisierte Thorsten Frei bekanntermaßen Friedrich Merz (unten links) für den Posten des CDU-Vorsitzenden, der mit der Kanzlerkandidatur eng verbunden ist. Nun kann er sich auch CSU-Mann Markus Söder (unten rechts), der sich in der Corona-Krise profiliert hat, als Kanzlerkandidaten vorstellen.